

Übersicht

AUSSENPOLITIK

BUNDESREPUBLIK DEUTSCHLAND

(1) EMNID: 74 % der Bürger in der Bundesrepublik wünschen bessere Beziehungen zwischen Bonn und Peking

„Die Politiker der Bundesrepublik haben die Chinesen entdeckt, und die Bevölkerung beklatscht es“, kommentiert EMNID dieses Ergebnis einer Meinungsbefragung. Die Sympathiewelle für China habe mit dem Peking-Besuch von Franz-Joseph Strauß begonnen. Damals wurden 70 % registriert, die für eine sofortige Verbesserung der Beziehungen zu den Chinesen stimmten. Zwar seien gegenwärtig noch etwas mehr Bundesbürger (79 %) für freundschaftliche Beziehungen zur Sowjetunion, aber schon kurzfristig müsse mit einem Sympathiegleichgewicht für beide Staaten gerechnet werden. Für enge Bindungen an die USA plädieren EMNID zufolge 85 % der Bundesbürger. 68 % wünschen mehr Anschluß an Frankreich. Für bessere Beziehungen zu den arabischen Ländern treten 76 % ein. China rangiert also in der Gunst der Bundesbürger noch vor den arabischen Staaten („Die Welt“, 30.12.75).

(2) Strauß an einem Hsinhua-Kommentar beteiligt ?

Das sowjetische Parteiorgan Prawda hat am 22.12.1975 den Verdacht ausgesprochen, CSU-Chef Franz-Joseph Strauß könnte einen „antisowjetischen“ Kommentar der chinesischen Nachrichtenagentur Hsinhua verfaßt haben. Kommentator W. Gontscharow meint: „Die Nachrichtenagentur Hsinhua verbreitete einen Kommentar, welcher nach Peking aus Bonn geschickt wurde und in dem die politische Lage in Europa diskutiert wird. Der Kommentar ist nicht gezeichnet. Man kann nur raten, wer sein Verfasser ist“ Es handelt sich von Anfang bis Ende um eine haßerfüllte antisowjetische Schmähchrift, die den Leser überzeugen will, daß die Sowjetunion Europa bedrohe, worüber der scharfsinnige Verfasser des Kommentars sich eben beeilt, die Westeuropäer zu warnen Als Beispiel gefährlicher sowjetischer Umtriebe führt der anonyme Hsinhua-Korrespondent den Vertrag über Freundschaft, Zusammenarbeit und gegenseitigen Beistand an, der vor kurzem zwischen der Sowjetunion und der DDR abgeschlossen wurde. Der Hsinhua-Kommentar ist durchaus

im Geiste der Befürworter des Kalten Krieges vom Schlage eines Strauß gehalten. Vielleicht ist der anonyme Verfasser dieser Schmähchrift in der Tat der CSU-Führer selbst. Der Kommentar strotzt von schwerfälligem politischem Wortstil von zweifelhafter Qualität, wie 'Entspannungsnebel', 'Entspannungswalze' usw., mit dem F.J. Strauß oft seine demagogischen und militanten Erklärungen schmückt. Für eine solche Annahme spricht auch die Tatsache, daß viele andere Äußerungen in dem Kommentar einem 'westdeutschen Freund' zugeschrieben werden, und wer ist ja ein besserer Freund Pekings als Strauß, sein erwünschter und häufiger Gast ? Es sei daran erinnert, daß dieser Führer der westdeutschen Ultras binnen kurzer Zeit zweimal in Peking war Wichtig ist jedenfalls, daß der Hsinhua-Kommentar sehr anschaulich eine Seelenverwandtschaft demonstriert, eine politische Gleichsinnigkeit der Maoisten und der Kräfte des Imperialismus, der reaktionärsten politischen Kreise der westdeutschen Bourgeoisie“ (Radio Moskau, deutsch, 22.12.1975, BPA Ost-Info vom 23.12.75, Deutschland-China, S. 10 f. Dazu der fragende Kommentar der FR (23.12.75): „Schreibt F.J. Strauß neuerdings für Hsinhua ?“.)

(3) Die übliche zweigleisige Deutschland-Berichterstattung auch im Dezember 1975; aber mit leichten Modifikationen

Hsinhua (NCNA, 16.12.1975):

Westdeutsche Minister (Genscher und Leber) warnen vor trügerischem Sicherheitsgefühl gegenüber der Sowjetunion; die Monatszeitschrift Wehrkunde warne vor Entspannungsutopie.

Andererseits: Westdeutschland in wirtschaftlichen Schwierigkeiten: „Heimgesucht durch die ständige Wirtschaftskrise in der westlichen kapitalistischen Welt, wird die westdeutsche Wirtschaft, die ihre 'Prosperität' auf die Ausdehnung ihrer Exporte stützt, aufgrund des Auftragsrückganges und der rapiden Abnahme der Exporte durch vielfältige Schwierigkeiten bedrängt“.

Der Globalwert der nationalen Produktion sei gefallen, die Zahl der Arbeitslosen habe zugenommen und die Zahl der Konkurse sich gesteigert. Die westdeutsche Wirtschaft sei allzu stark von der Auslandsnachfrage abhängig. So habe sie sich in ihrer Not auf erhöhte Exporte in die Sowjetunion eingelassen.

Besteht hier nicht die Gefahr der Abhängigkeit vor allem auf dem Gebiet der Energieversorgung? Werde durch die Lieferung von technischen Ausrüstungen der Sowjetunion nicht das Militärpotential gestärkt?

Trotz der pessimistischen Angaben über die Entwicklung der westlichen Wirtschaft, die der Hypothese vom "verfaulenden Kapitalismus" folgen, zeigt der Kommentator der Hsinhua (NCNA, 16.12.75) erstaunliches Verständnis für die Schwierigkeiten der westdeutschen Wirtschaft. Der Zwang zu höheren Exporten sei verursacht worden durch die Teilung Deutschlands und den daraus resultierenden Verlust eines Teiles des deutschen Binnenmarktes. Positiv wird außerdem vermerkt, daß die Bundesrepublik verstärkt für den 'Dialog' mit den Erdölproduktionsländern und den Ländern der Dritten Welt eintrete. Mit einem anerkennenden Unterton wird auch darauf verwiesen, daß das von der Regierung mehrfach formulierte 'Konjunkturprogramm' die Nachfrage auf dem Binnenmarkt wesentlich stimuliert habe. Nur selten hat sich Peking bisher auf eine so differenzierende und positive Wertung eines kapitalistischen Wirtschaftssystems eingelassen. Offensichtlich beginnt man gegenüber der nationalen Wirtschaft des Einzellandes Bundesrepublik nach und nach eine ähnliche Haltung einzunehmen wie gegenüber der EG.

(4) Hsinhua: "Am Rhein wird der Ruf nach einem Widerstand gegen die Expansion der Sozialimperialisten lauter"

"Der Rhein fließt durch die schöne, friedlich aussehende Landschaft, aber ihre Ruhe gibt nicht die Gefühle der Menschen wieder, die an seinen Ufern wohnen. Das heftige Ringen zwischen den beiden Supermächten, der Sowjetunion und den USA, ist die Ursache für ihre innere Unruhe, denn hier in Deutschland und Mitteleuropa stehen sich die rivalisierenden Militärblocke gegenüber. In Bonn, das beiderseits des Flusses in Westdeutschland liegt, fragen sich die Menschen: Was hat die "Europäische Sicherheitskonferenz" gebracht? Kündigt sie ein 'neues Zeitalter des Friedens und der Zusammenarbeit' oder eine aggressivere Offensive der Sowjetunion an? Das deutsche Volk, das wie andere westeuropäische Völker zwei Weltkriege mitgemacht hat, möchte in Frieden und Sicherheit leben, aber gewisse Leute stellen sich gegen dessen gute Wünsche". Mit diesen Worten schildert Hsinhua (NCNA, 9.12.75) die Haltung der (welcher?) Menschen in Westdeutschland. Sodann bringt der Bericht Zitate aus der Neuen Rheinzeitung, der FAZ, zitiert Franz-Joseph Strauß und Kanzler Schmidt. All diese Zitate geben eine Besorgnis über die permanente Aufrüstung der Sowjetunion, über die "ernste Lage in Süd- und Nord-Europa", vor allem im Mittelmeerraum, wieder. Sodann endet der Bericht mit folgenden Worten: "Der Rhein fließt unaufhörlich Tag und Nacht. Die an seinen Ufern lebenden Menschen erhöhen ihre Wachsamkeit. Sie durchdringen den von der Sowjetunion verbreiteten Rauchvorhang. Sie erhöhen ihre Wachsamkeit gegenüber dem Kriegsgeist, der Europa gegenwärtig heimsucht. Der Ruf nach einer Verstärkung der Verteidigung, nach der Festigung der Einheit Westeuropas und dem Widerstand gegen die Aggression und Expansion der Sozialimperialisten wird lauter" (NCNA, 9.12.75).

SOWJETUNION UND OSTEUROPA

(5) Freilassung der sowjetischen Hubschrauberbesatzung, aber fast gleichzeitig neue Festnahme-Aktion

Am 27. Dezember teilte der Stellvertretende Außenminister Yu Chan dem sowjetischen Botschafter in China, Tolstikow, mit, daß die dreiköpfige Hubschrauberbesatzung, die am 14. März 1974 auf chinesischem Gebiet gefangen genommen worden war, entlassen werde. Man habe für sie ein Essen gegeben und sie dann auf die Heimreise geschickt (NCNA, 27.12.75). Gleichzeitig wurde mitgeteilt, die Ermittlungen hätten ergeben, daß der Hubschrauber unabsichtlich auf chinesisches Gebiet vorgedrungen sei. Der bewaffnete Aufklärungshubschrauber werde komplett mit allen Einrichtungen und Dokumenten zurückgegeben.

Ursprünglich hatte die chinesische Seite durchblicken lassen, daß den sowjetischen Luftwaffenangehörigen wegen Spionage der Prozeß gemacht werden solle.

Ob wirklich die befundene "Unschuld" der drei Hubschrauberpiloten oder aber ein anderer Grund für die überraschende Geste Pekings maßgebend war, ist bisher unbekannt. Eine grundsätzliche Versöhnungsgeste ist jedoch kaum anzunehmen.

Inzwischen sind drei weitere sowjetische Bürger in chinesischen Gewahrsam geraten. Nach Mitteilung eines sowjetischen Diplomaten seien die drei "irrtümlich" über die Grenze auf chinesisches Gebiet geraten. Der Leiter der Fernost-Abteilung im Moskauer Außenministerium, Michail Kapiza, erwähnte diesen Fall in einer außenpolitischen Diskussion im sowjetischen Fernsehen und erinnerte dabei auch an die sowjetische Hubschrauberbesatzung (FAZ, 15.12. und SZ, 16.12.75).

Das Thema "Spionage" spielt im sino-sowjetischen Konflikt eine vorrangige Rolle.

(6) Während in der Sowjetunion die Rüstung expandiert und die Landwirtschaft stagniert, verzeichnet China umgekehrt zunehmende landwirtschaftliche Produktion bei schrumpfenden Rüstungsausgaben - Gründe und Zusammenhänge?

Während das Jahr 1975 für die Sowjetunion die schlechteste Getreideernte - und das bereits siebente Fehlerntejahr in einem Jahrzehnt mit sich brachte, erzielte die VR China mit rd. 280 Mio to einen neuen absoluten Ernterekord.

Wie erklärt es sich nun, daß China seine 800 Mio Menschen immer noch ohne Schwierigkeiten ernähren kann, während die Sowjetunion für ihre um zwei Drittel kleinere Bevölkerung immer höhere Getreideraten importieren muß?

Von einer "technischen" Überlegenheit des chinesischen Bauern gegenüber dem sowjetischen zu sprechen, wäre wohl absurd: Ein Leistungsvergleich im Bereich der 'privaten Nebenparzellen' zeigt, daß beide gleichermaßen zu gewinnbringenden Höchstleistungen fähig sind, sobald 'materielle Anreize' locken.

Es kann aber wohl auch nicht nur an der besseren "politischen" Einstellung des chinesischen Bauern liegen: Wie die erst vor kurzem zu Ende gegangene landesweite Tachai-Konferenz und die Wandlung des Tachai-Modells gezeigt haben, wird auch im China der siebziger Jahre eher die produktive Arbeitsleistung als das Engagement allein für den "sozialistischen Aufbau" honoriert.

Die wirklichen Gründe für die landwirtschaftliche Unterlegenheit der Sowjetunion liegen also woanders: nämlich beim unflexiblen Wirtschaftssystem und bei der hypertrophen Aufrüstung.

Was erstens das Wirtschaftssystem anbelangt, so genießt in der sowjetischen Planung die Schwerindustrie nach wie vor Priorität, während China, das ja - in traumatischen Folgewirkungen - im ersten Fünfjahresplan (1953 - 1957) dem sowjetischen Modell gefolgt war, seit 1958 die Landwirtschaft als den für die Zukunft wohl bedeutsamsten Sektor in den Vordergrund gestellt hat. Die Formel lautet hier: "Landwirtschaft als Grundlage, Industrie als führender Faktor". Diesem Selbstverständnis zufolge sind sämtliche industriellen Fortschritte primär in den Dienst des landwirtschaftlichen Aufbaus zu stellen. Auch erhält die Landwirtschaft die höchsten Investitionsanteile. "Landwirtschaft und nochmals Landwirtschaft" - so etwa ließe sich das Denken der heutigen Führung in Peking umschreiben.

Ferner ist wohl auch der schwerfällige Planungsmechanismus der Sowjetunion kaum dazu angetan, den landwirtschaftlichen Sonderbedingungen im flächenmäßig größten Land der Welt gerecht zu werden. Chinas Wirtschaft ist demgegenüber bewußt dezentralisiert und "zellularisiert". Gleicht die Sowjetwirtschaft eher dem "VW-Modell" (hohe überbetriebliche Arbeitsteiligkeit), so gleichen die Wirtschaftsvorgänge in der VR China mehr dem "Opel-Modell" (Tendenz zur Herstellung aller Teile möglichst in einer einzigen betrieblichen Einheit).

Chinas Volkskommunen sind m.a.W. Organisationen, die jeweils rd. 20.000 Menschen zu einer landwirtschaftlichen, industriellen, pädagogischen (Schulen), medizinischen (Krankenhäuser), militärischen (Miliz) und ökonomisch-administrativen Einheit zusammenfassen, während in der Sowjetunion Kolchose (Wirtschaftsverwaltung) und Administrative nebeneinander herlaufen und zum Teil sogar über den "Wasserkopf" Moskau gesteuert werden.

Während in der Sowjetunion ferner das Problem der "Landflucht" zu den besorgniserregenden Tatbeständen gehört, sind in der VR China zwischen 1969 und 1975 rd. 10 Mio "Jugendliche mit Schulbildung" hinunter in die Dörfer und hinauf auf die Berge geschickt worden.

Vielleicht noch wichtiger für das landwirtschaftliche Defizit der Sowjetunion dürfte aber zweitens der steigende Anteil der Rüstungsausgaben am Gesamthaushalt sein. Ein Kommentar der Nachrichtenagentur "Neues China" sagt hierzu folgendes aus: "Die Sowjetwirtschaft ist zu einer Kriegswirtschaft besonderer Art geworden. Zwischen 1971 und 1974 erhöhten sich die tatsächlichen militärischen Ausgaben jährlich um durchschnittlich 12 %. Im vergangenen Jahr waren sie viermal so hoch wie 1960. Gegenwärtig machen die militärischen Ausgaben 20 % des Nationaleinkommens und 35 % des Staatshaushaltes aus. Nach offiziellen sowjetischen Statistiken liegt das Einkommen bei ungefähr 66 % des Einkommens der USA, während die

Militärausgaben der Sowjetunion 20 % über denen der USA liegen Die Breschnew-Clique hat immer mehr Menschen, Material und Geld in die Rüstungsexpansion und in Kriegsvorbereitungen hineingesteckt, was sich natürlich unmittelbar auf die sowjetische Landwirtschaft auswirken muß". (NCNA 5.12.75)

Im Gegensatz dazu ist die VR China mit ihren Rüstungsausgaben in letzter Zeit kürzer getreten: Die Produktion und Beschaffung militärischer Ausrüstung zwischen 1972 und 1974 lag um etwa 25 % niedriger als auf dem Höhepunkt chinesischer Rüstung im Jahre 1971, als Peking noch ganz unter dem Eindruck der sino-sowjetischen Gefechte am Ussuri stand. Offensichtlich hält die Führung des Landes die militärische Stärke für ausreichend, um einen potentiellen Angreifer abzuschrecken. Man geht also wohl davon aus, daß eine vitale Wirtschaft mehr zur Stärkung Chinas beitragen kann als eine noch intensivere militärische Aufrüstung.

Dieses Kalkül scheint, wie die neuesten Ernteergebnisse zeigen, aufgegangen zu sein.

Was im sino-sowjetischen Vergleich zu denken geben sollte, ist also folgender Tatbestand: Während in der Sowjetunion die Rüstung expandiert und die Landwirtschaft stagniert, verzeichnet China umgekehrt bei schrumpfenden Rüstungsausgaben zunehmende landwirtschaftliche Produktionsergebnisse. Sollte der chinesische Kommentator mit seiner oben zitierten Meinung so ganz an der Wahrheit vorbeigetroffen haben ?

(7) Chinesisch-ostdeutsches Handels- und Zahlungsabkommen in Berlin unterzeichnet

Am 20.12. wurde zwischen der DDR und der VRCh ein Warenaustausch- und Zahlungsabkommen für 1976 unterzeichnet, und zwar durch die Stellvertretenden Außenminister der beiden Länder (NCNA, 21.12.1975). Über den Umfang des vorgesehenen Handels wurde in Ostberlin offiziell nichts mitgeteilt. Im vergangenen Jahr belief sich der China-Handel der DDR auf 515 Mio Valuta-Mark, also auf etwa 10 % des innerdeutschen Handels.

NORDAMERIKA

(8) China gibt die sterblichen Überreste einer amerikanischen Flugzeugbesatzung zurück

Am 15. Dezember gab die VR China die Asche von zwei während des Vietnam-Krieges über China abgeschossenen Piloten der Amerikanischen Luftwaffe frei. Die Urnen wurden an der Grenze zu Hong Kong einem amerikanischen Vertreter des Roten Kreuzes übergeben. Es handelte sich um die Besatzungen zweier Flugzeuge, die am 21. August 1967 über der Kuangsi-Provinz bzw. am 12. April 1966 über der Kuangtung-Provinz abgeschossen worden seien (IHT, 16.12.1975).

AFRIKA

(9) Strenge Parität Pekings gegenüber den drei angolanischen Befreiungsbewegungen

Gegenüber den Anschuldigungen des sowjetischen Botschafters bei der UNO, Malik, China habe mit Südafrika in der Angola-Frage an einem Strang gezogen, erklärte der chinesische Vertreter Lai Ya-li vor der Vollversammlung am 10. Dezember: "Chinas Position in der Angola-Frage war immer offen und ehrlich. Von Anfang an haben wir die Nationale Befreiungsbewegung in Angola unterstützt, und wir haben allen drei angolanischen Befreiungsorganisationen militärische Hilfe angedeihen lassen. Da wir von ihren Differenzen wußten, haben wir immer alle drei Befreiungsorganisationen bedrängt, sich gegen den Feind zu vereinen. Wir haben die OAU in ihren Bemühungen um die Beseitigung der Differenzen unter den drei angolanischen Organisationen immer unterstützt, um die Differenzen zwischen den drei angolanischen Organisationen zu beseitigen und ihre Einheit zu fördern. Nachdem das Unabhängigkeitsabkommen zwischen der Angolanischen Nationalen Befreiungsbewegung und Portugal erzielt war, stellten wir unsere militärische Hilfe an die drei angolanischen Organisationen ein. Als Angola unabhängig wurde, gratulierten wir allen drei Organisationen. Gleichzeitig haben wir ihnen weiterhin dringend nahegelegt, die nationalen Interessen in den Vordergrund zu stellen und zu verhindern, daß eine Supermacht in die inneren Angelegenheiten interveniert ... " (NCNA, 11.12.75).

ASIEN

(10) Peking verurteilt den Einmarsch indonesischer Truppen in Osttimor

Am 7. Dezember besetzten indonesische Fallschirmtruppen und Marine-Einheiten in einer großangelegten Invasion die Hauptstadt von Osttimor, Dili. Die portugiesische Regierung brach daraufhin die diplomatischen Beziehungen zu Indonesien ab. Djakartas Außenminister Malik begründete den Einmarsch damit, daß sich Indonesien durch eine kommunistische Revolution in Osttimor bedroht fühle und daß der Einmarsch der Regierungstruppen außerdem von den pro-indonesischen Gruppen in Osttimor (Apodeti, Udt, Kota und Trabalista) gewünscht worden sei. Diese Gruppen strebten nach einer Vereinigung des Ostteils der Insel mit dem zu Indonesien gehörenden Westtimor.

Bis zum Einmarsch der indonesischen Truppen hatte die marxistische FRETILIN etwa 95 % des Territoriums der ehemaligen portugiesischen Kolonie Osttimor kontrolliert. Die indonesischen Truppen gingen so vor, daß die eigentliche Initiative bei den Einheiten der "Demokratischen Union für Timor" (UDT) zu liegen schien.

Nach der Einnahme der Hauptstadt Dili durch die UDT-Truppen wurde bekannt, daß etwa 18 FRETILIN-Soldaten und ein Mann der pro-indonesischen Kräfte bei den Kampfhandlungen ums Leben gekommen seien. Die indonesischen Truppen sollen auch zahlreiche Chinesen getötet haben, die die Mehrheit der 20.000 Bewohner der Hauptstadt stellen.

Die FRETILIN hatte Ende November die unabhängige "Demokratische Republik Osttimor" ausgerufen. Indonesien,

dessen Regierung immer noch unter einem Kommunistentrauma leidet, wollte offensichtlich verhindern, daß inmitten des Archipels ein neuer kommunistischer Stützpunkt entsteht.

Um Osttimor hatte es Auseinandersetzungen vor allem zwischen drei Gruppen gegeben (Näheres dazu C.a. 1975/12 - Ü 14.)

Peking verurteilte das Vorgehen Djakartas als einen "ernsten Sabotage-Akt der indonesischen Regierung gegen den Unabhängigkeitskampf der Bevölkerung von Osttimor, mit dem sie versucht, Osttimor zu annektieren Die indonesische Regierung hat ständig Drohungen und Einschüchterungsversuche gegen die Bevölkerung in ihrem Kampf für die Unabhängigkeit durchgeführt. Jetzt hat sie in schamloser Weise Truppen nach Osttimor entsandt, die die Souveränität der Bevölkerung von Osttimor mit Füßen treten Sowohl Indonesien als auch Osttimor gehören zu den Ländern der Dritten Welt. Die Völker beider Länder haben unter der imperialistischen Kolonialherrschaft gelitten und teilen ein gemeinsames historisches Schicksal, Indonesien, das die Unabhängigkeit erlangte, sollte Verständnis, Sympathie und Unterstützung für den Wunsch und das Streben nach Unabhängigkeit der Bevölkerung von Osttimor zeigen. Die Demokratische Republik Osttimor hat immer wieder ihren Wunsch nach Aufnahme freundschaftlicher Beziehungen zu Indonesien zum Ausdruck gebracht. Sie stieß mit ihrer gerechten Forderung aber auf taube Ohren der indonesischen Regierung Die indonesische Regierung erfand alle Arten von Vorwänden für ihre Invasion, indem sie behauptete, daß sie 'die Situation in Osttimor als eine Bedrohung für Indonesien und Südostasien ansehe'. Diese Ausrede gleicht einem chinesischen Sprichwort: 'Gib einem Hund einen schlechten Namen, und hänge ihn auf !' Das Volk von Osttimor hat das legitime Recht, für seine Unabhängigkeit zu kämpfen und sie zu verteidigen. Osttimor ist ein kleines Land, das seine Unabhängigkeit kürzlich erlangt hat, mit einer Bevölkerung von einigen hunderttausend Einwohnern. Es besitzt nicht ein einziges Schiff oder Flugzeug, keine Panzer oder Artillerie - wie sollte es da die Sicherheit Indonesiens 'bedrohen', das über 100 Millionen Einwohner hat und einen großen Staatsapparat besitzt ? Der Kampf der Bevölkerung von Osttimor für nationale Befreiung und Unabhängigkeit ist ein integraler Bestandteil des Volkskampfes aller Länder der Dritten Welt gegen Kolonialismus, Imperialismus und Hegemonismus. Das Gesellschaftssystem von Osttimor kann nur von der Bevölkerung Osttimors selbst gewählt und beschlossen und nicht durch eine andere Macht aufgezwungen werden Das chinesische Volk unterstützt energisch den Kampf der Bevölkerung von Osttimor für nationale Befreiung und Unabhängigkeit. Wir hoffen, daß die indonesische Regierung ihre bewaffnete Invasion in Osttimor augenblicklich stoppen, ihre eingedrungenen Streitkräfte abziehen und Beziehungen der guten Nachbarschaft mit Osttimor auf der Grundlage der Fünf Prinzipien der Friedlichen Koexistenz aufnehmen wird und die schwebenden Probleme zwischen ihnen durch friedliche Konsultationen löst" (NCNA, 9.12.1975).

China beschuldigt Indonesien m.a.W. des "Kolonialismus, Imperialismus und Hegemonismus".

AUSSEN POLITIK ALLGEMEIN

(II) Erneut spricht Peking von der Gefahr eines neuen Weltkrieges

Zum zweiten Mal innerhalb von vier Tagen sah Hsinhua (NCNA, 28.12.75) sich veranlaßt, vor der Gefahr eines neuen Weltkrieges zu warnen. Nur zwei Staaten könnten heute die Welt in einen neuen Krieg stürzen, nämlich die beiden Supermächte, wobei von der Sowjetunion die Hauptgefahr ausgehe. Überall werde dort "die Öffentliche Meinung auf einen Krieg vorbereitet. Partei, Regierung und Armeeführer - alle schreien nach Krieg".

In den USA wachse unter allen Wirtschaftszweigen gegenwärtig nur die Kriegsindustrie. Man studiere bereits, wann und wo ein Krieg ausbrechen wird, mit welchen Mitteln gekämpft wird und wie der Krieg enden wird.

Die bisherigen drei sowjetisch-amerikanischen Abkommen über die Begrenzung der Kernwaffen (1963, Vertrag über das teilweise Verbot von Atomversuchen, 1972 und 1974, Abkommen von Wladiwostok) hätten dem Wettrüsten keinen Einhalt gebieten können.

Europa sei als künftiges Schlachtfeld zwischen den beiden Supermächten anzusehen. Moskau habe Dreiviertel seiner Streitkräfte und seine beste Bewaffnung auf Europa konzentriert. Ein heftiger Sturm braue sich dort am Horizont zusammen, und nichts könne ihn verhindern.

AUSLÄNDER IN DER VR CHINA

(12) Klage eines Ausländers über "Bürokratismus und zu viele Regelungen" in der VR China

Ross H. Munro (CSM, 1.12.75) berichtet über seine persönlichen Erfahrungen beim Import eines ausländischen PKW in die VR China. Der PKW war im Hafen von Hsinking eingetroffen und sollte von seinem Eigentümer abgeholt werden. Zu diesem Zweck hatte er zunächst per Zug nach Tientsin zu reisen, dann mit Taxi zum Hafen von Hsinking. Von dort aus sollte es dann mit dem neuen Wagen zurück nach Peking gehen. Dazu Munro im einzelnen: "Folgendermaßen verlief diese verhältnismäßig einfache Mission:

Stufe 1: Man beantrage eine Reiseerlaubnis für die Fahrt von Peking nach Hsinking und zurück. Die Erlaubnis wird viermal geprüft.

Stufe 2: Man besorge im voraus die Fahrkarten nach Tientsin, einen Wagen an der Bahnstation und Hotelreservierungen.

Stufe 3: Man frage beim Städtischen Revolutionskomitee nach, welche Formulare zur Verkehrssektion des Büros für Öffentliche Sicherheit mitgebracht werden müssen.

Stufe 4: Man beantrage eine vorläufige Fahrerlaubnis vom Verkehrsamt, die für die 30-Meilen-Fahrt von Hsinking nach Tientsin nötig ist.

Stufe 5: Man bringe die Fahrlizenz mit zu einer Tankstelle, um damit die Berechtigung zum Kauf von Benzin nachzuweisen, das aus irgendeinem Grund in Hsinking nicht zu kaufen ist.

Stufe 6: Man fahre mit Taxi - das im voraus durch den örtlichen Reisedienst besorgt wurde - nach Hsinking.

Stufe 7: Bei den Hafenbehörden ist nachzusuchen, wo der Wagen sich befindet.

Stufe 8: Bei einem anderen Büro sind die notwendigen Übergabeformulare auszufüllen und die Entladungsgebühren zu entrichten.

Stufe 9: Man gehe zur Zollbehörde, um noch weitere Formulare auszufüllen, einschließlich der Einverständniserklärung, daß der Wagen nicht an privat in China verkauft werden dürfe.

Stufe 10: Der Wagen wird in Empfang genommen. An einer Seite ist die Stoßstange verbogen

Stufe 11: Nun geht es darum, sich mit den Hafenbehörden freundschaftlich zu einigen. Da sie ein Formular unterzeichnet haben, das die Annahme des Wagens in einwandfreiem Zustand bezeugt, machen sie das Angebot, die Kosten für die Stoßstangenreparatur zu zahlen.

Stufe 12: Nun geht es darum, von den Hafenbehörden einen Passierschein zu erhalten, der die Erlaubnis enthält, daß der Wagen das Dockareal verlassen darf.

Stufe 13: Anschließend geht es zurück nach Tientsin, wo die Verkehrssektion des Büros für Öffentliche Sicherheit den Wagen überprüft und eine weitere vorläufige Genehmigung erteilt, derzufolge der Wagen nach Peking überbracht werden darf.

Immer noch freilich war ich nicht aus dem Irrgarten heraus. Die Wagenprüfer in Peking erklärten, daß ich Nebellampen anbringen müßte, obwohl Nebel doch eigentlich selten in Peking vorkommt. Ohne Nebelleuchten werde keine Zulassung erteilt. Ich meinte daraufhin, daß es früher keine entsprechenden Regelungen gegeben habe. Erst letzte Woche habe doch ein Ausländer die Zulassung erhalten, ohne Nebellichter angebracht zu haben. 'Das war letzte Woche', war die Antwort. Ich kaufte ein Nebellicht und erhielt die Lizenz.

Alle 13 Schritte kosteten mich zwar nur einen Tag, doch jeder mußte in Zusammenarbeit mit einem oder mehreren Funktionalen vollzogen werden, die vom Staat bezahlt werden, um Papiere zu stempeln, auszufüllen oder Formulare auszugeben.